

LIBERAL **.NRW**

03
22

MEHR ENERGIE FÜR DIE FREIHEIT

DAS FDP-MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesverband

Reformprozess
nach der Landtagswahl

Bundespolitik

Entlastungen für die breite
Mitte der Gesellschaft

Doppelinterview

mit Henning Höne
und Prof. Dr. Dr. h. c. Lars Feld

Liebe Leserinnen und Leser,

ein sehr ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Ein Jahr der „Zeitenwende“, in dem seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gewohnte Überzeugungen und Sicherheiten infrage gestellt werden. Ein Jahr, in dem die Freien Demokraten im Bund in Regierungsverantwortung stehen und Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit finden müssen. Und ein Jahr, in dem wir in Nordrhein-Westfalen eine schmerzhaft e Niederlage bei der Landtagswahl hinnehmen mussten. Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für den großartigen Einsatz zu bedanken!

Als eine Konsequenz aus diesem Wahlergebnis haben wir als Landesverband einen Reformprozess begonnen, in dem wir uns neu aufstellen und uns als Partei modernisieren wollen. Mehr dazu erfahren Sie auf den folgenden Seiten. Klar ist aber auch: Die Gründe für unser Wahlergebnis sind vielfältig. Die bundespolitische Lage der FDP in einer Koalition mit SPD und Grünen ist nicht einfach und wir müssen unsere liberalen Erfolge noch stärker in den Vordergrund rücken.

Es hat uns Liberale in der Vergangenheit auch immer ausgezeichnet, dass wir nach Niederlagen gemeinsam wieder aufstehen. Daran knüpfen wir jetzt an. Wir bleiben ruhig und konzentriert, suchen Fehler nicht bei anderen, sondern werden jetzt noch deutlicher erkennbar machen, wofür wir stehen und wie wir unser Land voranbringen wollen.

Hier in Nordrhein-Westfalen haben wir die Oppositionsarbeit aufgenommen. Unsere Fraktion hat sich neu aufgestellt und begleitet die Arbeit schwarz-grüne Landesregierung kritisch, aber immer konstruktiv. Wir sind überzeugt: NRW ist es wert, gut regiert zu werden. Es braucht mehr Energie für die Freiheit!

Unser Landesparteitag im Januar bildet den Auftakt für das Jahr 2023 und zugleich auch einen neuen Aufbruch. Wir wollen als Freie Demokraten in NRW wieder durchstarten – mit einem neuen Team und mit neuer Energie. Ich würde mich freuen, viele von Ihnen dort zu sehen und mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Ihnen persönlich wünsche ich einen guten Start ins neue Jahr und viel Glück und Gesundheit.

Ihr

Moritz Körner



MORITZ KÖRNER

Generalsekretär
der FDP NRW



[twitter.com/
moritzkoerner](https://twitter.com/moritzkoerner)



[facebook.com/
moritzkoernerfdp](https://facebook.com/moritzkoernerfdp)



[instagram.com/
moritz_koerner](https://instagram.com/moritz_koerner)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

FDP-Landesverband NRW und
FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:

verantwortlich für Inhalt und Seiten des
Landesverbandes: Raphael Landau;
verantwortlich für Inhalt und Seiten der
Landtagsfraktion: Tobias Havers

ANSCHRIFT DER REDAKTION:

FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
nrw@fdp.de;
FDP-Landtagsfraktion NRW,
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

VERLAG:

Liberal e Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH

REDAKTIONSSCHLUSS:

9. Dezember 2022

GESTALTUNGSKONZEPT, LAYOUT UND SATZ:

LOCKVOGEL – Werbenest Hamburg,
Hütten 82, 20355 Hamburg

GEDRUCKT AUF:

Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA

DRUCK UND PRODUKTION:

Beisner Druck GmbH & Co. KG,
Müllerstr. 6, 21244 Buchholz

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Die LIBERAL.NRW wird
aus nachhaltigen Papier-
produkten hergestellt.

Unsere Papierausswahl ist
FSC®-zertifiziert.



UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das
Thema FSC®-Zertifizierungen können
Sie online nachlesen unter:
www.fsc-deutschland.de

WAHLKAMPF FÜR DIE FREIHEIT

LANDESV ERBAND

LANDTAGSWAHL

Nach 5 Jahren in der Landesregierung sind die Freien Demokraten bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen angetreten, um das Land noch freier, fairer und moderner zu machen. Am Ende war das Wahlergebnis enttäuschend. Im Wahlkampf aber haben Mitglieder im ganzen Land gezeigt, was uns als Partei ausmacht: Ein großartiges Team zumeist ehrenamtlicher Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstäter und ihr unermüdlicher Einsatz für die Freiheit. Im ganzen Land wurden Woche für Woche Wahlkampfstände und Veranstaltungen organisiert, stritten Kandidatinnen und Kandidaten bei Podiumsdiskussionen für die liberale Sache und nutzten jede Chance, mit potentiellen Wählerinnen und Wählern in Kontakt zu treten und sie davon zu überzeugen, bei der Landtagswahl ihre Stimme der FDP zu geben. „Wir haben alles gegeben und doch unsere Wahlziele klar verfehlt. Allen Ehrenamtlichen, die sich so engagiert eingesetzt haben, gilt mein ganz besonderer Dank“, sagte Spitzenkandidat Joachim Stamp. ■



LANDESVERBAND
STRUKTURPROZESS

ALLE UNTERLAGEN UND BERICHTE ZU UNSEREM REFORMPROZESS FINDEN SIE AUCH AUF MEINE-FREIHEIT IN DER MITGLIEDERGRUPPE DER FREIEN DEMOKRATEN NORDRHEIN-WESTFALEN.



NEUAUFSTELLUNG FÜR DIE ZUKUNFT

In unserem Reformprozess nach der Landtagswahl stellen wir uns als Freie Demokraten in Nordrhein-Westfalen neu auf. An dem Prozess beteiligen sich zahlreiche Mitglieder auf allen Ebenen der Partei, über Diskussionen vor Ort, über unsere Mitgliederbefragung oder in unserer digitalen Mitgliederkonferenz. Wir wollen als Landesverband die Weichen für die Zukunft stellen und unsere Parteiarbeit auf vielen Ebenen weiterentwickeln.

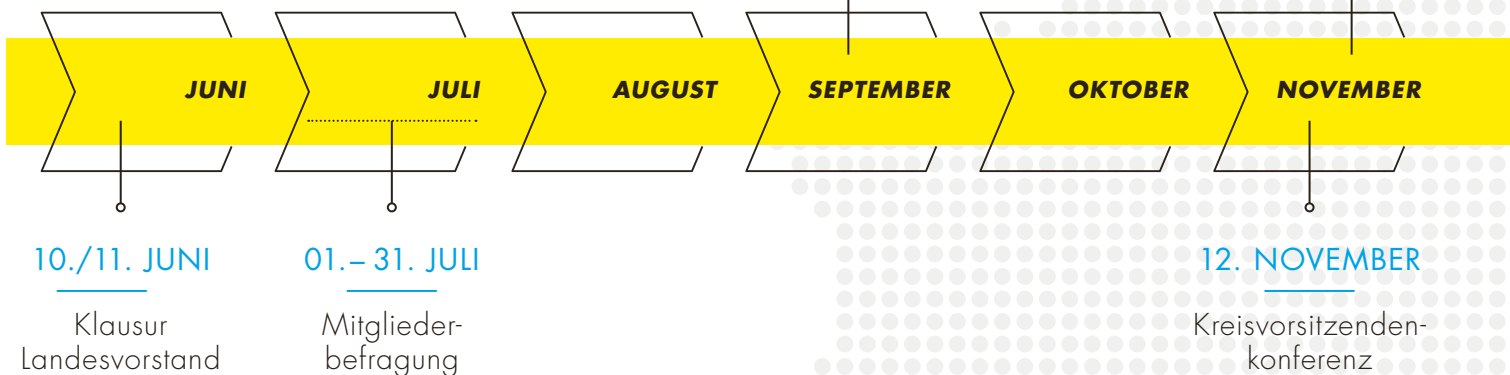
Unmittelbar nach der Landtagswahl im Mai haben wir als FDP NRW einen Aufarbeitungs- und Reformprozess begonnen. Der Landesvorstand hat auf einer Klausur Anfang Juni eine Analyse der Wahl vorgenommen und damit auch den Reformprozess in Gang gesetzt. Wir haben über unsere Defizite gesprochen und erste Ideen diskutiert. Um diese Debatten fortzuführen, hat der Landesvorstand verschiedene Arbeitsgruppen zu den einzelnen Schwerpunkten des Reformprozesses eingesetzt, beispielsweise zur Lernkultur im Landesverband, zur Weiterentwicklung unserer Fachausschussarbeit und zum Auswahlprozess von Kandidierenden. Die Arbeitsgruppen haben seitdem mehrfach getagt und an Ideen zur Parteientwicklung gearbeitet.

17. SEPTEMBER

Landeshaupt-
ausschuss

24. NOVEMBER

Mitglieder-
veranstaltung



Ein Kernstück dieses Prozesses war eine umfangreiche und offene Mitgliederbefragung, an der sich über 2.500 Personen beteiligt haben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben dabei ihre Ideen und Impulse eingebracht, von denen viele unmittelbar in den Prozess und die laufende Arbeit der AGs eingeflossen sind. Die Befragung hat aber auch gezeigt, dass unsere Mitglieder in vielen Fragen sehr unterschiedliche Einschätzungen haben. Es geht also nicht um das Verändern um des Veränderns willen, sondern um eine konkrete Verbesserung unserer Parteiarbeit. Ebenso eingeflossen in den Prozess sind auch viele Vorschläge und Anregungen aus den Diskussionen vor Ort und aus Impulspapieren von Kreis- oder Bezirksverbänden sowie unseren Vorfeldorganisationen. All das zeigt, wie lebendig unsere Partei ist. Viele unserer Mitglieder haben gute Ideen und wollen sich aktiv einbringen. Das macht Mut für die Zukunft der FDP NRW.

Auf unserem Landeshauptausschuss im September haben wir eine offene und umfangreiche Aufarbeitung des Wahlergebnisses vorgenommen. Wir haben aber auch dort den Blick nach vorne gerichtet und einen ersten Zwischenbericht zum Reformprozess beraten. Es wurde einmal mehr deutlich: Wir haben gute erste Ansätze, aber das war erst der Anfang. Die Überlegungen und Diskussionen, wie wir als Landesverband besser werden können, müssen weitergehen. Der Landeshauptausschuss hat daher den Landesvorstand beauftragt, den Reformprozess fortzusetzen, die bisher entwickelten Ideen zu konkretisieren und die Diskussionen auf allen Ebenen der Partei weiterzuführen.

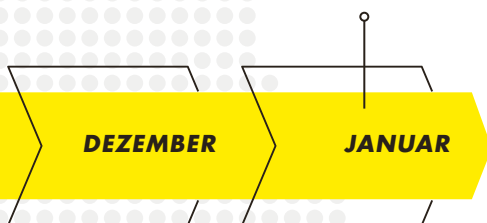
Auf einer Kreisvorsitzendenkonferenz und in einer digitalen Mitgliederversammlung im Oktober und November haben wir die bisher erarbeiteten Reformmaßnahmen vorgestellt. Dazu gehören beispielsweise Vorstellungsveranstaltungen für Bewerberinnen und Bewerber zum Landesvorstand, ein digitales Kandidierendenportal, eine professionelle Neumitgliederbetreuung und die Entwicklung eines Handbuchs zur Kommunalwahl.

Viele dieser Reformmaßnahmen werden bereits umgesetzt oder befinden sich in der Entwicklung. Der Landesparteitag bildet den vorläufigen Abschluss des Prozesses, aber auch danach werden wir stetig weiter an unserer Parteientwicklung und unserer Professionalisierung arbeiten. Denn klar ist: Als Reformpartei wollen und müssen wir uns stetig weiterentwickeln. Diese Herausforderung gehen wir gerne an – optimistisch und lösungsorientiert. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Freien Demokraten wieder stark zu machen! ■



21. JANUAR

Landesparteitag



LANDTAGSFRAKTION

DOPPELINTERVIEW

„DAS BESTE LIEGT NOCH VOR UNS!“

Professor Dr. Dr. h. c. Lars Feld, Direktor des Walter Eucken Instituts, und Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW

INTERVIEW: TOBIAS HAVERS

Bei "The Pioneer" las ich letztens, wer heute noch an die Marktwirtschaft glaube, „wirkt auf die Mehrheitsgesellschaft wie ein Querdenker ohne Aluhut“. Was sagen Sie dazu?

Feld: Ganz so schlimm empfinde ich das nicht. Mir ist schon bewusst, dass es für die Liberalen in der jetzigen Regierungskonstellation mit SPD und Grünen auf Bundesebene nicht ganz einfach ist. Auf der anderen Seite stehen zwei Koalitionspartner, die einen starken Schwerpunkt auf Arbeitsmarkt, Soziales und Klimaschutz legen. Für die Liberalen ist es wichtig, klarzumachen, dass es bei der sozialen Marktwirtschaft auf das Hauptwort ankommt: die Marktwirtschaft. Während eines langen Aufschwungs ist es zudem ungeheuer schwierig, liberale Reformen durchzusetzen. In Krisenzeiten, wie wir sie aktuell haben, ist es daher wichtig, dass die Liberalen in der Bundesregierung sind und die Möglichkeiten für Reformen nutzen. Damit können sie liberale Inhalte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Vordergrund rücken.

Stichwort „liberale Stimme“, die Rolle der FDP-Landtagsfraktion hat sich mit der NRW-Landtagswahl im Mai geändert. Wie haben Sie die ersten Monate in Opposition erlebt?

Höne: Der Wechsel auf die harten Bänke der Opposition fällt niemandem richtig leicht. Wir haben die Rolle angenommen. Für eine einfachere Grundsteuer haben wir schnell einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Denn wir haben uns von Anfang an gesagt: Es braucht eine aktive, kritische und vor allem konstruktive Opposition. Aktuell mischt sich ein Cocktail zusammen, der für NRW äußerst unökonomisch werden kann: langsame Genehmigungen, ein relativ hohes Lohnniveau und eine Infrastruktur, die in die Jahre gekommen ist. Zu diesem Cocktail kommt jetzt noch die giftige Zutat der hohen Energiepreise hinzu. Während viele Menschen seit der Corona-Pandemie noch mehr nach dem Staat rufen, machen wir ein anderes Angebot: Jetzt ist die Zeit, klug zu überlegen, an welchen Stellen der Staat

sich zurückziehen muss. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal. Wir haben uns ganz klar als Ziel gesetzt: Wir machen hier 100 Prozent FDP pur, mit allen Ecken und Kanten.

Prof. Feld, Sie stehen für das marktwirtschaftliche Ordnungsdenken in Deutschland und gelten als Erfinder der Schuldenbremse. Es braucht sicher besonders in Krisenzeiten eine Disziplin des Staates bei den Finanzen?

Feld: Nach den unmittelbaren Krisenfinanzierungen in den Jahren 2020 bis 2022 muss der Staat wieder zu finanzpolitischer Disziplin zurückkehren. Nur so können wir die Schulden über die Zeit reduzieren. Das hält uns für die nächsten Krisen handlungsfähig. Ich kann nur davor warnen, das Thema solide Staatsfinanzen zu weit von sich zu weisen – nach dem Motto: Der Staat kann gar nicht pleitegehen. Wir haben in Griechenland gesehen, dass eine solche Staatspleite möglich ist. Deutschland ist weit davon entfernt. Höhere Zinsen sorgen aber auch bei uns für deutlich höhere Kosten. Wir sehen das jetzt gerade: Im Jahr 2021 hat der Bund noch vier Milliarden Euro Zinsen gezahlt, im nächsten Jahr sind es knapp 40 Milliarden Euro.

Herr Höne, wie bewerten Sie den Umgang der NRW-Landesregierung mit Steuergeld und die aktuelle Disziplin beim Landeshaushalt?

Höne: Haushaltsdisziplin gibt es in der Koalition von CDU und Grünen in NRW nicht. Die selbsternannte „Zukunftscoalition“ wollte erst Geld einfach in den Haushalt umbuchen, das ausschließlich für die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie vorgesehen war. Unsere verfassungsrechtlichen Zweifel wurden unter anderem vom Landesrechnungshof geteilt. Es folgte eine Kehrtwende um 180 Grad. Tarnen, Tricksen und Täuschen statt einer kritischen Überprüfung des Haushaltes in einer Ausnahmesituation – so kommen wir nicht durch die Krise. Wir stehen für einen Staat, der rechnen kann. Und dazu gehören die Regeln der Schuldenbremse.

Wie kann unser Staat leistungsfähiger und die Verwaltung effizienter werden?

Feld: Meines Erachtens ist es ganz wesentlich, dass die Verwaltungen in Deutschland schnellstmöglich auf Digitalisierung ausgerichtet werden. Das heißt: Wir brauchen eine große Verwaltungsreform. Das ist keine Föderalismusreform und kaum Sache des Bundes. Es kommt hier auf die Länder und Gemeinden an. Die Länder sollten sich koordinieren. Ihre Systeme müssen Schnittstellen nach außen haben, oder sie setzen gleich auf einheitliche Systeme. Zudem müssen wir Genehmigungsverfahren für öffentliche oder private Investitionen dringend beschleunigen.

Stimmen Sie zu, Herr Höne, dass wir jetzt den Turbo zünden müssen?

Höne: Ja, ausdrücklich. Und ich wünsche mir in der Digitalisierung und anderen großen Themen mehr Mut zu großen Fragen. Wir haben in vielen Bereichen im Moment zu sehr die Schere im Kopf. Wie ist denn der Stand heute? Ob bei der Kfz-Zulassung oder beim Informationsfluss zwischen Gesundheitsämtern zum Pandemiemanagement, es wird nicht digital genug gedacht. Eine PDF-Datei auf der Homepage eines Amtes anzubieten, ist nicht genug. Diese Minimalhaltung geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Und es sollte doch ausreichen, das Formular für die Kita-Anmeldung des Kindes einmal auszufüllen. Die Bürgerin-



Professor Dr. Dr. h. c. Lars Feld, Direktor des Walter Eucken Instituts (links) und Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen

nen und Bürger fragen sich zu Recht: Stadt und Finanzamt, ihr müsstet euch doch untereinander kennen. Geht das nicht automatisiert? Wir müssen also neu denken. Denn so, wie es ist, nehmen wir es nicht mehr hin.

Richten wir den Blick in die Zukunft. Wie geht es weiter?

Feld: Ich denke, dass gerade für NRW der Strukturwandel zur Klimaneutralität wichtig ist. Natürlich kenne ich die Tendenzen, überall jetzt Altindustrien mit Subventionen zu stützen. Der Stahlindustrie soll der Übergang zum Betrieb mit Wasserstoff vermeintlich erleichtert werden. Ich hoffe sehr, dass alle Bundesländer und auch der Bund die Gefahren einer solch umfassenden Subventionitis sehen. Das wird am Ende vor allem den betroffenen Unternehmen Vorteile bringen. Das Ziel der Klimaneutralität wird damit kaum erreicht werden. Es muss vielmehr darum gehen, Härten abzufedern. Ich glaube, dass eine kritische, liberale Stimme in den Ländern dafür sorgt, dass die Dämme nicht schon wieder brechen.

Höne: Ihre Argumente teile ich, Herr Professor Feld. Ich warne vor dem Glauben, dass Politik alles steuern kann, und es dann anders wäre als bei den Kohlesubventionen. Da man niemals alle Technologien gleichermaßen subventionieren und fördern kann, folgt immer eine Festlegung. Und diese Art der Politik fördert Abhängigkeiten, die es in vielen anderen Ländern nicht gibt. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo uns andere Länder überholt haben, beispielweise bei Photovoltaik-Modulen. Da waren wir mal führend. Und heute werden sie hier kaum noch produziert. Wir setzen uns hier in NRW weiter mit aller Kraft für Technologieoffenheit und möglichst geringe Abhängigkeiten ein. Das Beste liegt noch vor uns. Das gilt vor allem für neue Ideen und Technologien.

Wir bedanken uns für das Gespräch und freuen uns auf ein Wiedersehen bei unserer Jahresauftaktveranstaltung im Landtag NRW am 4. Februar 2023! ■

LANDESVERBAND

UKRAINE

UKRAINE VERTEIDIGT AUCH UNSERE WERTE



Im Februar hat Russland einen Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen und damit Europa in eine schwere Krise gestürzt. „Wir erleben eine Systemauseinandersetzung zwischen Diktaturen und der freien demokratischen westlichen Welt“, ordnet Marie-Agnes Strack-Zimmermann die Situation ein. Es liege an uns, diesen Angriff zu bestehen: „Wir müssen Putin und den Diktatoren dieser Welt, die unser demokratisches Leben hassen und zerstören wollen, entschlossen entgegenstehen.“

Die militärischen Vorstöße der Ukraine und die zurückeroberten Gebiete sprächen für die Kampfkraft der Ukraine und deren unbedingten Willen, das überfallene Land zurückzuholen, erklärt die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags. Es sei deshalb von entscheidender strategischer Bedeutung, dass der Westen ausreichend militärisches Gerät und schwere Waffen liefere. Deutschland müsse dabei in Abstimmung mit den westlichen Partnern eine Führungsrolle einnehmen.

Ein Ende des Krieges sei derzeit nicht absehbar, erklärt auch Alexander Graf Lambsdorff. „Präsident Putin und seine Regierung verletzen mit ihren Großrussland-Vorstellungen die Souveränität der Ukraine, die Friedensordnung in Europa und die Charta der Vereinten Nationen massiv.“ Deutschland müsse jetzt und in Zukunft gemeinsam mit den Verbündeten in EU und NATO fest an der Seite der Ukraine stehen. Auch unsere Sicherheit werde gegenwärtig in der Ukraine verteidigt, macht der stellvertretende Landesvorsitzende und Außenexperte deutlich: „Unser Ziel bleibt ein stabiler Frieden in Freiheit für alle Nationen Europas. Doch im Ukraine-Konflikt ist derzeit leider klar: Erst wenn der russischen Aggression militärisch Einhalt geboten ist, haben Diplomatie und Politik wieder eine Chance. Dafür müssen und werden wir uns weiter einsetzen.“

Dass die Ukraine den Kampf um ihr Territorium gewinnt, sei der Weg zum Frieden, macht Johannes Vogel deutlich. In der aktuellen Lage gehe es daher auch darum, die wichtigen Herausforderungen der Zukunft zu lösen. Denn dass man das in der Vergangenheit nicht gemacht habe, habe uns erst in die aktuelle Lage gebracht. „Spätestens seit dem vom russischen Präsidenten begonnenen Angriffskrieg gegen die Ukraine müssen alle gelernt haben, dass man Autokraten in diesem neuen Systemwettbewerb ernst und wörtlich nehmen muss.“ Es brauche daher beispielsweise mit Blick auf das Außenwirtschaftsrecht einen China-Stresstest: Man müsse definieren, was wirklich sicherheitsrelevant ist, prüfen, wo zu große Abhängigkeiten vom chinesischen Markt bestehen – und auch die Worst-Case-Szenarien durchspielen. ■

MIT BÜRGERGELD WIRD GRUNDSICHERUNG UNBÜROKRATISCHER, FAIRER UND LEISTUNGSORIENTIERTER



Der Bundestag hat mit dem Bürgergeld ein Nachfolgesystem für Hartz IV auf den Weg gebracht: eine wegweisende liberale Reform, die es den Menschen erleichtert, wirtschaftlich voranzukommen. Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ bleibt bestehen, während die Hinzuverdienstregeln und die Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten substantiell verbessert werden.



Weitere Informationen
finden Sie hier:



„Wir schaffen eine der größten Ungerechtigkeiten unseres Sozialstaats ab und reformieren mit dem Bürgergeld die Hinzuverdienstregeln. Damit schaffen wir mehr Aufstiegschancen aus der Grundsicherung heraus und geben jungen Menschen endlich die Möglichkeit, Piloten ihres eigenen Lebens zu sein!“, erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion Johannes Vogel. Für die Freien Demokraten ist klar: Wer arbeitet, soll mehr haben als der, der nicht arbeitet. So werden zum Beispiel die Hinzuverdienstgrenzen angepasst, damit Kinder aus Familien mit Hartz IV ihr selbst erarbeitetes Geld zukünftig behalten dürfen – denn Leistung und Arbeit dürfen nicht bestraft werden. Jens Teurine, der Sprecher der Bundestagsfraktion für Bürgergeld, sagt: „Die Botschaft lautet: Leistung lohnt sich und Aufstieg durch Bildung ist möglich! So wird soziale Bedürftigkeit überwunden.“

Mit dem Bürgergeld wird Grundsicherung unbürokratischer, fairer und leistungsgerechter. Sanktionsmöglichkeiten bleiben weiterhin bestehen, eine sanktionsfreie Zeit wird es entgegen anderslautender Behauptungen nicht geben. Und auch zukünftig wird jemand, der arbeitet, mehr haben als der, der Sozialleistungen bezieht. Aber wer kurzfristig in soziale Bedürftigkeit fällt, soll nicht sofort Altersvorsorge, Ersparnis oder Wohneigentum verlieren müssen, damit sich Armut nicht verfestigt. ■

ABSCHAFFUNG VON §219A

Nachdem Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann das Gesetz zur Abschaffung des Paragraphen 219a als erste Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht hatte, hat der Bundestag den Gesetzentwurf zur Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche beschlossen. „Im Internet kann jedermann, selbst jeder Troll und jeder Verschwörungstheoretiker, alles Mögliche über Schwangerschaftsabbrüche verbreiten – aber dass wir hochqualifizierten Ärztinnen und Ärzten, die solche Eingriffe vornehmen, bei Kriminalstrafe verbieten, dort sachliche Informationen bereitzustellen, das ist absurd!“, machte Buschmann deutlich. Deswegen beende man nun diesen Zustand. ■



ENTLASTUNGEN FÜR DIE BREITE MITTE DER GESELLSCHAFT



ENTLASTUNGSPAKET I Maßnahmen zur Entlastung:

- Wegfall der EEG-Umlage
- Steuerentlastungsgesetz 2022
- Maßnahmen zur sozialen Unterstützung



Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine hat auch Deutschland in eine schwere Krise geführt: Die Inflation befindet sich auf einem historischen Höchststand – nach der Pandemie ein weiterer schwerer Schlag für die deutsche Wirtschaft, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger direkt.

Um diese Belastung abzufedern, hat Bundesfinanzminister Christian Lindner in der Bundesregierung nach den ersten beiden Entlastungspaketen ein drittes auf den Weg gebracht: Mit 65 Milliarden Euro werden die Bürgerinnen und Bürger in der breiten Mitte der Gesellschaft entlastet, um die steigenden Kosten abzumildern: So ist der Abbau der Steuererhöhung durch die kalte Progression eine deutliche Entlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zeigt die liberale Handschrift im Paket. Hinzu kommen Maßnahmen wie die Erhöhung des Wohngeldes oder des Kinderzuschlags für diejenigen, die besonders von sozialen Härten bedroht sind, sowie Einmalzahlungen an Rentnerinnen und Studenten. „Mit dem dritten Entlastungspaket stärken wir die Menschen, die unsere Solidarität brauchen. Und wir vergessen diejenigen nicht, auf deren Schultern dieses Land steht – nämlich die hart arbeitende Mitte der Gesellschaft“, erklärt dazu Christian Lindner.

Der Abbau der kalten Progression ist ein wichtiger Bestandteil der geplanten Entlastungsmaßnahmen: Denn trotz Energiekrise und Konjunkturflaute prognostizieren die

Maßnahmen zur Entlastung: ENTLASTUNGSPAKET II

- 300 Euro Energiepreispauschale für steuerpflichtige Erwerbstätige und Selbstständige
- Senkung der Energiesteuer auf EU-Minimum
- Günstiges ÖPNV-Ticket für alle
- Kinderbonus 2022





Steuerschätzer für die kommenden Jahre Mehreinnahmen. Die Ergebnisse der Steuerschätzung seien getragen von einem robusten Arbeitsmarkt und einer guten Entwicklung der Unternehmensgewinne und ein Beleg dafür, dass Deutschland dank der beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen bisher gut durch diese Krise gekommen sei, erklärt Christian Lindner. Die Mehreinnahmen, die man wegen der hohen Inflation verzeichnen könne, werde man den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben: „Damit werden zusätzliche Belastungen insbesondere für die arbeitende Mitte vermieden.“

Zusätzlich zu den Entlastungspaketen hat die Bundesregierung beschlossen, mit einem umfassenden wirtschaftlichen Abweherschirm steigende Energiekosten für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abzufedern. Dafür steht bis zum Jahr 2024 eine Summe von bis zu 200 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit helfe man Menschen und Betrieben direkt, erklärt der Bundesfinanzminister. Geplant

Maßnahmen zur Entlastung:

ENTLASTUNGSPAKET III

- Kalte Progression wird abgebaut
- Entlastung bei den Strompreisen
- Zufallsgewinne bei Stromproduzenten werden abgeschöpft
- Zusätzliche Unterstützung für Familien
- Einmalzahlung für Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner
- Entfristung der Home-Office-Pauschale
- Doppelbesteuerung der Rente entfällt
- Mehr Berechtigte bekommen höheres Wohngeld und Heizkostenzuschuss
- Bundesweites ÖPNV-Ticket
- Das neue Bürgergeld kommt
- Unternehmenshilfen



ABWEHRSCHIRM



Maßnahmen zur Entlastung:

- Strom- und Gaspreisbremse
- Ausweitung der Energiekapazitäten
- Belastungsmoratorium bei Bürokratie

sind in diesem Rahmen Maßnahmen wie die Ausweitung von Energiekapazitäten, Preisbremsen bei Strom und Gas, ein Belastungsmoratorium bei Bürokratie und die Einhaltung der Schuldenbremse für den Bundeshaushalt als Zeichen nachhaltiger Finanzen. „Wir mobilisieren unsere wirtschaftliche Stärke, um sie für die Zukunft zu erhalten“, macht dazu der Bundesfinanzminister deutlich. „Wir stellen einen Abweherschirm auf, um uns zu schützen.“

Die Aufwendungen für den Abweherschirm werden im Wirtschaftsstabilisierungsfonds gebündelt: Für diese Zusatzausgaben gilt eine klare gesetzliche Zweckbestimmung, sie dürfen nur zur unmittelbaren Krisenbewältigung eingesetzt werden und werden von den laufenden Vorhaben im Bundeshaushalt getrennt. Die Forderung nach der Aussetzung der Schuldenbremse lehnt Lindner ab: „Wir sollten die Schuldenregel gerade deshalb einhalten, weil sie uns Anstrengungen auferlegt, weil sie eine kluge Begrenzung politischer Ausgabenwünsche darstellt. So treiben wir die Inflation nicht zusätzlich an und sorgen gleichzeitig für die langfristige Tragfähigkeit unserer Staatsfinanzen.“ ■



Mehr zum Thema Entlastungen finden Sie hier:





ENERGIE FÜR DEUTSCHLAND

Russland führt nicht nur einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern auch einen Energiekrieg gegen Deutschland und Europa. Geopolitische Naivität vergangener Regierungen hat zu einer hohen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen geführt – und zur Gefahr von Gasmangel aufgrund ausbleibender Gaslieferungen sowie zu steigenden Energiepreisen. Doch Energie darf nicht zum Luxusgut werden! Deutschland ist auf verlässliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.

Daher war es auch wichtig, dass die Bundesregierung der Forderung der Freien Demokraten gefolgt ist und sich auf eine verlängerte Nutzung aller verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland einigen konnte. Die Entscheidung leistet einen wichtigen Beitrag für Energiesicherheit, bezahlbare Energiepreise und den Klimaschutz. Man wolle keine Renaissance der Kernkraft, sie bilde aktuell eine Brücke in der Energiekrise, macht FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai deutlich: „Die Zukunft gehört klar den Erneuerbaren.“

Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen, sind schnellere Genehmigungsverfahren nötig. Dabei könnte das Tempo der schwimmenden LNG-Terminals, die innerhalb von nur sechs Monaten gebaut werden, als Blaupause dienen, wie der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Johannes Vogel fordert. Der entsprechende Gesetzentwurf für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren wurde von Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann bereits auf den Weg gebracht.

Um bis dahin eine sichere Energieversorgung zu erreichen, setzen sich die Freien Demokraten weiter dafür ein, Kernkraftwerke befristet länger laufen zu lassen, deutsche Erdgasvorkommen zu nutzen, durch weniger Bürokratie schnellere Verfahren beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zu erreichen und Offenheit für neue Technologien zu wahren. ■

ENERGIE FÜR DEUTSCHLAND – VORSCHLÄGE DER FREIEN DEMOKRATEN:

- **Kernkraftwerke befristet weiterbetreiben:**
Der befristete Weiterbetrieb der drei verbleibenden deutschen Kernkraftwerke bis mindestens 2024 reduziert die Gasverstromung und leistet einen spürbaren Beitrag zur Sicherheit und Bezahlbarkeit der Stromversorgung.
- **Deutsche Erdgasvorkommen nutzen:**
Noch brauchen wir Erdgas als Übergangsenergie. Die Erschließung und Nutzung heimischer Ressourcen könnte mehrere Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr zum Verbrauch und zur Energieunabhängigkeit Deutschlands beitragen.
- **Weniger Bürokratie, schnellere Verfahren beim Bau von Erneuerbaren Energien:**
Wir müssen die regenerativen Freiheitsenergien noch schneller und effizienter ausbauen. Als Blaupause sollten die schnellen Genehmigungsverfahren für schwimmende LNG-Terminals an der norddeutschen Küste dienen.
- **Wasserstoff schnell einsetzen:**
Wasserstoff kann als Ersatz für Erdgas dienen. Außerdem macht er den volatilen Strom aus Sonne und Wind speicherbar und über weite Strecken transportierbar. Wir wollen die regulatorischen und planungsrechtlichen Hürden für die Nutzung von Wasserstoffenergie absenken und eine europäische Wasserstoffunion gründen.
- **Neue Technologien von Kernenergie erforschen:**
Wir fordern eine ideologie- und technologieoffene Forschung in Deutschland. In der Kernfusion sehen wir großes Potenzial, aber auch in neuen und sicheren Technologien der Kernspaltung – wie bei Small Modular Reactors (SMR) oder Flüssigsalzreaktoren.

LANDTAGSFRAKTION

ENERGIEVERSORGUNG

ENERGIEVERSORGUNG HEUTE
UND IN ZUKUNFT SICHERN

Die derzeitige Energiekrise wirft existenzielle Fragen für die Menschen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auf. Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für eine stabile Energieversorgung ein, die Fortschritt und Wohlstand in Deutschlands Wirtschaftsland Nummer 1 weiter gewährleistet. In einem neuen Positions- und Strategiepapier stellt die Fraktion ihre Ideen für den Weg in ein neues Energiezeitalter vor. „Wir brauchen eine provisorische Energiebrücke, um die sich abzeichnenden Engpässe in der Versorgung zu überbrücken. Und um wieder mehr Planungssicherheit für die Unternehmen zu schaffen, wollen wir parallel mit einem Masterplan Freiheitsenergien unsere Zukunft gestalten“, erklärt Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

NRW ALS EUROPÄISCHES
ENERGIE-FLAGGSCHIFF

Mit dem vorgeschlagenen Maßnahmenpaket „Energiebrücke“ sollen u. a. die Laufzeiten von Kohle- und Kernkraftwerken weiter befristet verlängert werden.

Damit Photovoltaik-Anlagen schneller ans Netz gehen können, soll die Zertifizierungspflicht ausgesetzt werden. Durch eine Ausweitung des Stromangebots bleibt NRW als Unternehmensstandort weiter attraktiv.

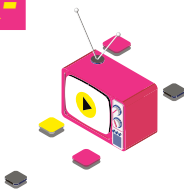
Die FDP-Landtagsfraktion richtet den Fokus jedoch nicht nur auf den aktuellen Energieengpass, sondern beschreibt klare Ziele für den zukünftigen Energiestandort NRW. Mit dem zweiten Maßnahmenpaket „Masterplan Freiheitsenergien“ will die Fraktion Planungen und Genehmigungen massiv beschleunigen. „Wir brauchen in NRW eine Genehmigungsrevolution“, betont Höne. In zentraler Lage von Europa soll NRW ein Standort für Schlüsselindustrien für den Ausbau und die Nutzung von Erneuerbaren Energien und für Wasserstofftechnik werden und die Energieinfrastrukturen vernetzen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zahlen europaweit den mit Abstand höchsten Beitrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (kurz ÖRR). Die FDP-Landtagsfraktion sieht großen Reformbedarf und möchte den ÖRR schlanker, effizienter und zukunftsfester ausrichten. Der Vorsitzende Henning Höne erklärt zum neuen Positionspapier der FDP-Landtagsfraktion: „Wir achten die immense Bedeutung des ÖRR für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Sein verfassungsgemäßer Auftrag ist jedoch kein Freibrief für ein immer weiter ausuferndes Programmangebot.“

ARD und ZDF sollen zusammengelegt werden. So soll ein deutschlandweites Fernseh-Vollprogramm geschaffen werden, in dem es hinreichend Platz für landesspezifische und regionale Fenster geben soll. Teure Unterhaltungssendungen und Spielshows sollen auf ein Minimum begrenzt werden.

LANDTAGSFRAKTION

RUNDFUNK

ARD UND ZDF
FUSIONIEREN –
RUNDFUNK-
BEITRAG
HALBIEREN
BIS 2027Reform und Modernisierung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Jetzt QR-Code
scannen und Positions-
papier lesen:



Einen weiteren Schritt zu nachhaltiger Versorgungssicherheit stellen eigene Rohstoff- und Energieressourcen dar. Die Nutzung von Energie aus heimischen Gasvorkommen soll ergebnisoffen geprüft werden. Zusätzlich soll NRW als Flaggschiff Europas vorangehen und eine zentrale Rolle in der Energieforschung übernehmen. Die Krise müssten wir jetzt als Chance wahrnehmen, erklärt Henning Höne: „Wir brauchen Pragmatismus und Mut. Wichtig ist eine lernende Politik, die den Fortschritt wagt.“ Klimapolitische Maßnahmen und Ziele sollten dabei jedoch nicht verschoben oder verwässert werden. ■



Im Programm soll vielmehr der Fokus auf Information, Bildung und Kultur liegen. Die Gehaltsstrukturen sollen transparent und bundesweit einheitlich sein. Für die Gehälter der Intendantinnen und Intendanten soll eine angemessene Gehaltsobergrenze festgelegt werden. Durch diese und weitere Maßnahmen möchte die FDP-Landtagsfraktion erreichen, dass der Rundfunkbeitrag bis zum Jahr 2027 halbiert wird.

Gerade weil der Rundfunkbeitrag verpflichtend und nutzungsabhängig gezahlt werden muss, ist eine fortlaufende Kontrolle zur Verwendung der Beiträge notwendig, betont Höne. „Wir wollen, dass der Beitrag sinkt. Der ÖRR muss sein Angebot fokussieren und sich effizienter aufstellen. So kann der ÖRR gestärkt zu seinem Kernauftrag zurückkehren“, so Höne. Die Umstrukturierung hätte keine nachhaltigen Auswirkungen auf die Medienvielfalt, aber positive Effekte auf die Programmakzeptanz der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. ■



LANDTAGSFRAKTION
BILANZ VON SCHWARZ-GRÜN

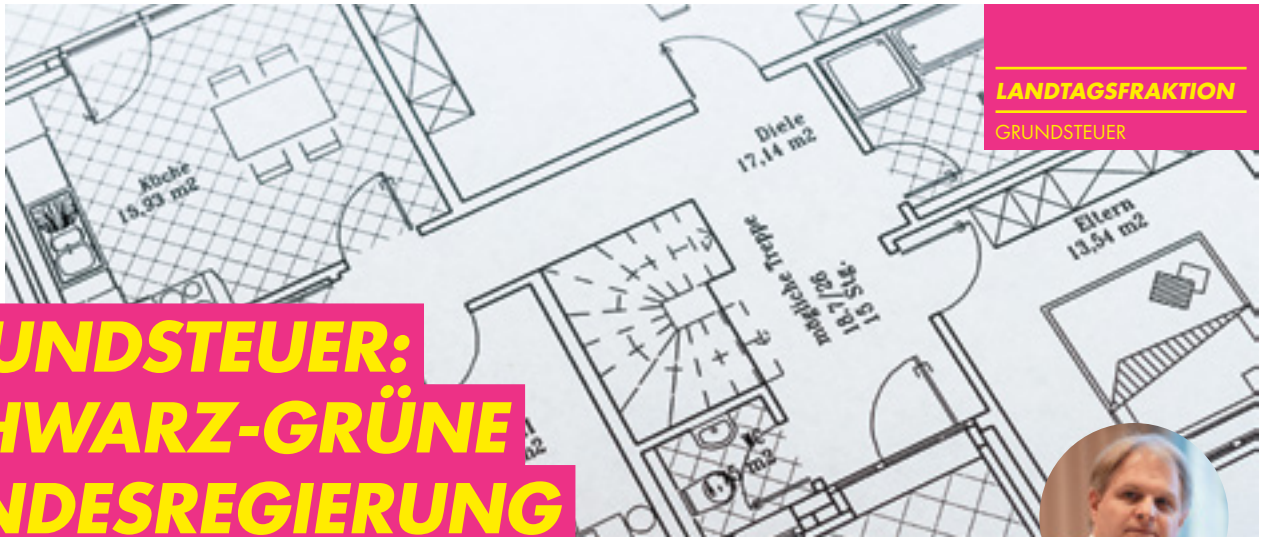
„NRW HAT EINE BESSERE POLITIK VERDIENT!“ – CDU UND GRÜNE PLANEN AN DER KRISE VORBEI

Mit viel Pathos und großen Worten haben sich CDU und Grüne im Sommer als neue NRW-Regierungskoalition vorgestellt. Mehr Klimaschutz und eine nachhaltige Wirtschaft hat die selbsternannte „Zukunftscoalition“ von Hendrik Wüst und Mona Neubaur bei der Präsentation des Koalitionsvertrags in einem idyllischen Garten in Düsseldorf versprochen. Allerdings hat sich seitdem die Lebensrealität der Menschen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine dramatisch verändert. Und Krisenthemen, wie steigende Preise, Energieknappheit und wirtschaftliche Unsicherheiten, dominieren die Gespräche in Familien und Betrieben. „Die Zeitenwende findet überall statt, nur bisher nicht in der Regierungsarbeit von Schwarz-Grün in NRW. CDU und Grüne halten lieber an ihren eigenen Wünschen aus dem Koalitionsvertrag fest, anstatt Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen spürbar zu entlasten. Die Beteiligung an den Entlastungspaketen des Bundes als eigene Aktivitäten zu verkaufen, ist ein Etikettenschwindel“, kritisiert der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Henning Höne. Fortlaufend zeigen Hendrik Wüst und seine Regierung mit dem Finger nach Berlin. Eigene Maßnahmen? Fehlzanzeige! Während sich die wirtschaftliche Lage zuspitzt. „Mit akuter Krisenbewältigung und politischem Gestaltungsanspruch hat die Arbeit dieser Landesregierung nur wenig gemein. Nordrhein-Westfalen hat eine bessere Politik verdient“, so Höne. ■

GRÜNE HINTERZIMMERPOLITIK

Anstatt den Landtag vorher vollständig zu informieren und in diese weitreichende Entscheidung miteinzubeziehen, hat Ministerin Mona Neubaur für die schwarz-grüne Landesregierung lieber selbst vor der Presse verkündet: Der Kohleausstieg in NRW soll acht Jahre – auf das Jahr 2030 – vorgezogen werden. „Das ist ein schlechter Deal für Wirtschaft, Industrie und Arbeitsplätze in unserem Land“, erklärt Höne. Und auch für den Klimaschutz hat das kaum einen Mehrwert. Das zeigen aktuelle Berechnungen. Der vorgezogene Kohleausstieg erhöht nur weiter die Unsicherheiten bei der Energieversorgung in NRW. „Die schwarz-grüne Hinterzimmerpolitik nützt nur dem Koalitionsfrieden – sie schadet dem Land. Das dröhnende Schweigen von Ministerpräsident Wüst zeigt, dass die CDU die wirtschaftliche Grundlage unseres Landes dem Machterhalt geopfert hat“, so Höne. Die FDP-Landtagsfraktion wird sich weiter für eine Wirtschaftspolitik einsetzen, die unseren Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit sowie Zukunftsfähigkeit von Industrie und Mittelstand erhält und fördert. ■

GRUNDSTEUER: SCHWARZ-GRÜNE LANDESREGIERUNG VERGIBT CHANCE AUF BÜROKRATISCHE UND FINANZIELLE ENTLASTUNG



RALF WITZEL
Haushaltspolitischer
Sprecher der FDP-Landtagsfraktion
ralf.witzel@landtag.nrw.de

Bürgerinnen und Bürger in diesen schwierigen Zeiten zu entlasten. Unser flächenbasiertes Modell schafft nicht nur Planungssicherheit und finanzielle Entlastung, sondern erspart unseren Finanzverwaltungen sehr viel Bürokratie.“

Unterstützung bekommt die Fraktion auch aus den Expertenkreisen. Der Bund der Steuerzahler NRW, der Landesverband Haus und Grund sowie der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft (ZIA) lehnten die wertbezogene Bemessungsgrundlage in einer Anhörung als zu kompliziert ab. Dennoch weigerte sich die schwarz-grüne Landesregierung, die Grundsteuer zu überarbeiten. Nach abschließender Lesung wurde der Gesetzesentwurf der FDP-Landtagsfraktion im Landtag abgelehnt.

Ralf Witzel bedauert die dadurch vertane Chance für Bürger und Betriebe: „Das jetzt abgelehnte flächenbasierte Entlastungsgesetz der FDP-Landtagsfraktion hätte einen dauerhaften Ausweg aus einer absehbaren Belastungsspirale geboten. Steigende Durchschnittsmieten, Bodenwerte und Baupreisindizes werden die Steuerlast mit jeder Bewertungsrunde weiter erhöhen. Auch die aufwendigen Bewertungsrounden wären mit unserem Flächenmodell viel seltener erforderlich und würden deutlich schlanker ausfallen.“

Ein Modell, das kaum jemand versteht und dafür sorgt, dass die meisten Bürger selbst kurz vor Fristablauf noch nicht ihre Steuererklärung abgegeben haben, könne man nur als grundlegend gescheitert bezeichnen, sagte Witzel dem Kölner Stadt-Anzeiger. „So wundert es nicht, dass die Abgabefrist für die Grundsteuererklärung deshalb von Ende Oktober bis Ende Januar 2023 verlängert werden musste.“ ■

Der Landtag NRW hat in abschließender Lesung den Gesetzesentwurf der FDP-Fraktion für ein einfaches flächenbasiertes Grundsteuermodell für Nordrhein-Westfalen abgelehnt. Damit greift das bürokratiereiche Scholz-Modell automatisch und die Chance für eine finanzielle Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger wird vergeben.

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich kontinuierlich dafür ein, überflüssige Bürokratie abzubauen, und eine solide und gerechte Finanzpolitik in NRW zu ermöglichen. Bereits Ende Juni hat sie den ersten Gesetzesentwurf der neuen Legislaturperiode auf den Weg gebracht, um ein besseres, flächenbasiertes Grundsteuermodell in NRW zu erreichen. Das aktuelle, wertbasierte Scholz-Modell orientiert sich an Immobilienpreisen sowie Bodenrichtwerten und beinhaltet durch die Inflation eine automatische Steuererhöhung.

Dazu sagt Ralf Witzel, der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion: „Bei absehbar weiter steigenden Preisen wird es mit jeder künftigen Steuerfeststellung zu Steuererhöhungen kommen. Wir setzen uns dafür ein, die

LANDESVERBAND
NEUE MITGLIEDER



NEW!



NEW!



NEW!

WILLKOMMEN BEI DEN FREIEN DEMOKRATEN!

NEW!

Nach knapp zwei Jahren Corona-bedingter Pause konnte die FDP NRW in diesem Herbst endlich wieder einen Neumitgliederkongress durchführen. Generalsekretär Moritz Körner begrüßte knapp 80 Neumitglieder im UCI Kino in Düsseldorf und führte durch das Programm. Nach einem Grußwort der stellvertretenden Landesvorsitzenden Angela Freimuth stellte Körner den Landesverband NRW und die unterschiedlichen Möglichkeiten vor, sich in der Partei einzubringen.

Anschließend berichtete Marie-Agnes Strack-Zimmermann aus der Bundespolitik. Im Zentrum standen natürlich der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und seine Folgen für Deutschland und Europa. Insbesondere um die Themen Energie und Energiesicherheit ging es auch in der anschließenden Fragerunde. Die anwesenden Neumitglieder hatten hier die Gelegenheit, ihre Fragen direkt an Mitglieder des Landesvorstandes zu stellen. So standen neben Angela Freimuth und Marie-Agnes Strack-Zimmermann auch Nicole Westig und Marc Lürbke Rede und Antwort.

Zusätzlich beteiligen konnten sich die Gäste erstmals auch über ein digitales Frage-Programm auf dem Smartphone. Darüber konnten sie beispielsweise angeben, welche politischen Themen ihnen besonders am Herzen liegen oder wie sie sich gerne in der FDP einbringen möchten. Und auch für das anschließende Feedback konnte das Programm gleich genutzt werden: Über 95 % waren zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit der Veranstaltung.

Bereits zu Beginn des Neumitgliederkongresses hatten sich die Vorfeldorganisationen im Foyer des Kinos präsentiert, ihre Arbeit vorgestellt und sind mit den Neumitgliedern ins Gespräch gekommen. Moritz Körner zeigte sich anschließend sehr zufrieden mit der Veranstaltung: „Es macht immer wieder Spaß, zu erleben, wie viele Menschen sich für liberale Politik begeistern und sich aktiv daran beteiligen wollen – und dabei so vielfältige Sichtweisen und Erfahrungen mit einbringen.“ ■



ERSTER BÜRGERDIALOG NACH CORONA-PAUSE

Zum ersten Mal nach einer Corona-bedingten Pause hat die FDP-Landtagsfraktion wieder zu ihrem traditionellen „Bürgerdialog“ in den Landtag eingeladen. Zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung und warfen einen Blick hinter die Kulissen des Parlamentsbetriebs.

„Es ist für uns als Abgeordnete wichtig, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, und das nicht nur per E-Mail oder Telefon. Wir wollen persönlich mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes über die Themen sprechen, die ihnen wichtig sind. Und die Probleme und Herausforderungen aufnehmen, die sie tagtäglich umtreiben. Diese Begegnungen sind wichtige Impulse für unsere tägliche politische Arbeit hier im Landtag“, begründete Marcel Hafke, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, das Treffen. Da es für viele Gäste der erste Besuch im Landtag war, wurden die Diskussionsrunden mit Führungen durch das Landtagsgebäude abgerundet. ■



LANDESVERBAND

MELDUNG // QUICK-FREEZE

QUICK-FREEZE STATT VORRATSDATENSPEICHERUNG

Im September hat der Europäische Gerichtshof geurteilt, dass das Recht auf Privatsphäre sowohl im öffentlichen wie auch im digitalen Raum zu gewährleisten ist, und damit der Vorratsdatenspeicherung eine Absage erteilt. „Es ist gut, dass das Urteil erneut deutlich macht, dass eine verdachtsunabhängige Speicherung von Nutzerdaten illegal bleibt. Denn klar ist: Nicht mit mehr Überwachung und Sammeln von Daten bekämpft man Verbrecher am besten, sondern mit mehr Ausstattung unserer Polizeibehörden und besserer europäischer Vernetzung“, kommentiert Moritz Körner als Europaabgeordneter die Entscheidung des Gerichts.

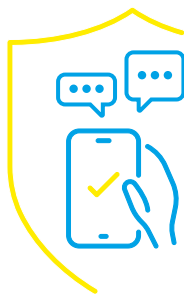
Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann hat nun das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren auf den Weg gebracht. Damit erhalten die Ermittlungsbehörden ein neues Instrument, das nicht nur effektiv, sondern auch grundrechtsschonend und rechtssicher ist. Dabei sollen Ermittlungsbehörden zur Verfolgung einer erheblichen Straftat Verkehrsdaten „einfrieren“ können, indem die Telekommunikationsanbieter bei einem Anfangsverdacht für einen bestimmten Zeitraum zu speichern verpflichtet werden. Bei einer Konkretisierung des Verdachts dürften die Daten dann „aufgetaut“ und verwendet werden. „Quick Freeze ist ein Zugewinn an Freiheit und Sicherheit gleichermaßen“, so Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann. ■



LANDESVERBAND

MELDUNG // BÜRGERRECHTE

CHATKONTROLLE IST ANGRIFF AUF BÜRGERRECHTE



Die von der EU-Kommission geplante Chatkontrolle kritisieren die Freien Demokraten scharf. Denn mit ihr wäre das digitale Briefgeheimnis tot: Es gäbe eine neue, umfassende, anlasslose Massenüberwachung und damit einen Angriff der EU-Kommission auf die Bürgerrechte der 440 Millionen europäischen Bürgerinnen und Bürger, macht Moritz Körner, Mitglied des Europäischen Parlaments, klar. „Wir brauchen aber keine Big-Brother-Agentur nach chinesischem Vorbild, die die private Kommunikation der Bürger überwacht. **Viel zielführender im Kampf gegen Kindesmissbrauch wäre eine bessere Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden sowie der Europäischen Polizeibehörde Europol, mehr zwischenstaatliche Zusammenarbeit und mehr Präventionsarbeit und Aufklärung.**“

Es liege an den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament, die besonders kritischen Vorschläge des Entwurfs zu stoppen oder zumindest abzuwandeln. Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zu einem Recht auf Verschlüsselung bekannt – und auch die liberalen Bundesminister Marco Buschmann und Volker Wissing haben klar gegen die Chatkontrolle Stellung bezogen. ■

LANDESVERBAND

MELDUNG // LANDESMODERNISIERUNG

MEHR TEMPO BEI DER MODERNISIERUNG UNSERES LANDES



Die Freien Demokraten wollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland beschleunigen, um wichtige Infrastrukturprojekte wie etwa den Bau neuer Bahntrassen und Stromleitungen schneller umsetzen zu können.

Einen umfassenden Gesetzentwurf dazu hat Justizminister Dr. Marco Buschmann auf den Weg gebracht: „Wir müssen dringend erneuerbare Energien ausbauen und brauchen schnellstmöglich potente Gas- und Stromleitungen sowie Flüssiggasterminals.“ Bei den LNG-Terminals habe die Ampelregierung gezeigt, dass Planung und Genehmigung nicht Jahre dauern müssten, sondern in Monaten möglich seien. „Diesen Turbo sollten wir auch bei anderen Projekten starten“, erklärt der Justizminister sein Vorhaben, sodass zukünftig zügig und effizient auch Straßen-, Schienen- und Wasserwege ausgebaut werden können. So würden die Bedingungen geschaffen für weiteres Wirtschaftswachstum: „Wir brauchen mehr Tempo bei der Modernisierung unseres Landes.“ ■

LANDESVERBAND

AKTIONSTAG HANNOVER



**TUN WIR MEHR
ALS NÖTIG.**

FDP NRW ON TOUR



Am 9. Oktober wählte Niedersachsen einen neuen Landtag. In der Woche zuvor unterstützten zahlreiche Liberale aus Nordrhein-Westfalen die Freundinnen und Freunde vor Ort beim bundesweiten Wahlkampf-Aktionstag. Leider gelang der erneute Einzug ins Parlament knapp nicht.

Die niedersächsischen Freien Demokraten gingen mit Spitzenkandidat Stefan Birkner und dem Motto „Tun wir mehr als nötig“ bei der Wahl im nördlichen Flächenland an den Start. Birkner und sein Team traten unter anderem an für Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, für ein Bildungssystem, das sich den individuellen Bedürfnissen junger Menschen anpasst, ein echtes Digitalministerium und eine Bürokratiebremse. Der Generalsekretär der FDP Niedersachsen, Konstantin Kuhle, betonte: „Nur mit einer Stimme für die FDP kann man eine rot-grüne Landesregierung verhindern. Nur mit der FDP ziehen Vernunft und wirtschaftlicher Sachverstand in die nächste Landesregierung ein.“

Am Wochenende vor der Wahl machte sich ein Bus voll topmotivierter Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus NRW auf den Weg nach Hannover, um die niedersächsischen Freien Demokraten beim bundesweiten Aktionstag zu unterstützen. Zunächst stand der Besuch der Wahlkampfkundgebung im Zentrum der Landeshauptstadt auf dem Programm, auf der neben dem Spitzenkandidaten und dem Landesgeneralsekretär auch der Generalsekretär der FDP, Bijan Djir-Sarai, und der stellvertretende Vorsitzende Johannes Vogel sprachen. Anschließend schickten die Angereisten aus und verteilten im Stadtgebiet tatkräftig Informationsmaterial.

Schlussendlich reichte es für die FDP Niedersachsen wegen der Sperrklausel knapp nicht für einen Wiedereinzug in den Landtag. Der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, sagte am Tag nach der Wahl: „Schulter an Schulter haben wir mit der FDP Niedersachsen gekämpft. Dass sich der Wahlerfolg nicht eingestellt hat, bedauern wir. Auch künftig stehen wir aber fest an der Seite unserer Freunde in Hannover. Klar ist: Es wird auch wieder eine nächste Niedersachsenwahl geben!“ ■

LANDTAGSFRAKTION
FRAKTIONSVORSTELLUNG



Dietmar Brockes

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

0211 884 2751
dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.brockes.de

- @Dietmar.Brockes.Mdl
- @brockes
- @dietmarbrockes
- Dietmar Brockes



Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Sprecher für Europa und Internationales

Sprecher für Schule und Bildung

0211 884 4435
andreas.pinkwart@landtag.nrw.de
www.andreas-pinkwart.de

- @a_pinkwart



Dirk Wedel

Sprecher im Hauptausschuss

Sprecher für Haushaltskontrolle

Sprecher im Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen

0211 884 4477
dirk.wedel@landtag.nrw.de

- @dirkwedelmdl
- @dirkwedelmdl



Christof Rasche

Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Sprecher für Verkehr

Sprecher für Sport

0211 884 2529
christof.rasche@landtag.nrw.de
www.christof-rasche.de

- @ChristofRasche
- @Chris_Rasche
- @christof.rasche
- Christof Rasche



Abgeordneten Trailer:



**12 ABGEORDNETE
1 TEAM**



Angela Freimuth

Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Wissenschaft
Sprecherin für Digitalisierung,
Bauen und Wohnen
0211 884 2875
angela.freimuth@landtag.nrw.de
www.angela-freimuth.de

- @freimuth.angela
- @FreimuthA
- @angela_freimuth_md1
- Angela Freimuth



Dr. Joachim Stamp

Sprecher für Gleichstellung
und Frauen
Sprecher für LSBTIQ*
Sprecher im Petitionsausschuss
0211 884 4478
joachim.stamp@landtag.nrw.de
www.joachimstamp.de

- @joachim.stamp
- @JoachimStamp
- @joachim.stamp



Henning Höne

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Heimat und
Kommunales
0211 884 4452
henning.hoene@landtag.nrw.de
www.henning-hoene.de

- @henninghoene
- @henninghoene
- @hhoene
- Henning Höne



Ralf Witzel

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt
und Finanzen sowie
für Personal
Sprecher für Medien
0211 884 4441
ralf.witzel@landtag.nrw.de
www.ralf-witzel.info

- @ralf.witzel.mdl



Yvonne Gebauer

Sprecherin für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Sprecherin im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Kindesmissbrauch“
0211 884 4429
yvonne.gebauer@landtag.nrw.de

- @yvonnegebauerfdp



Dr. Werner Pfeil

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Kultur
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de

- @werner.pfeil.5
- @wernerpfeil_nrw



Marc Lürbke

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Innenausschuss
Sprecher für Integration
0211 884 4462
marc.luerbke@landtag.nrw.de
www.marc-luerbke.de

- @Marcluerbke
- @Marcluerbke
- @marc_luerbke
- Marc Lürbke



Marcel Hafke

Parlamentarischer
Geschäftsführer
Sprecher für Familie,
Kinder und Jugend
Sprecher in der
Kinderschutzkommission
0211 884 4430
marcel.hafke@landtag.nrw.de
www.marcel-hafke.de

- @marcel.hafke.mdl
- @marcelhafke
- @marcelhafke
- Marcel Hafke MdL

LANDTAGSFRAKTION
STRATEGIEPROZESS

Autor: Marcel Hafke,
Parlamentarischer
Geschäftsführer der
FDP-Landtagsfraktion

WIE DIE LIBERALE STIMME IN NRW WIEDER LAUTER WIRD

Für uns alle war das Ergebnis der Landtagswahl schmerzlich. Unsere Landtagsfraktion hat sich verkleinert und wir sind nun die Opposition einer schwarz-grünen Landesregierung. Unser Ziel für die Zukunft ist klar: Wir wollen wieder die spannendste politische Kraft in NRW werden. Als FDP-Landtagsfraktion richten wir den Blick nicht nur darauf, was wir gut gemacht haben, sondern auch auf Möglichkeiten, bei denen wir besser werden können. Mit liberalen Themen wollen wir mutig und innovativ NRW besser machen. Um 2027 wieder ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen, stellen wir jetzt die Weichen für eine erfolgreiche Arbeit im Landtag.

Als Partner in der Regierung ist es uns nicht ausreichend gelungen, unsere Erfolge zu kommunizieren und die Menschen zu erreichen. Das wollen wir als kritische und konstruktive Opposition besser machen! Unmittelbar nach der Landtagswahl haben wir den ersten Gesetzesentwurf für ein einfacheres Modell der Grundsteuer eingebracht. Das hätte für eine starke Bürokratieentlastung sorgen können.

Wir wollen als Landtagsfraktion schlagfertig, strukturiert und fokussiert sein. Ich bin davon überzeugt, dass nur beständige Veränderung und Modernisierung zur Lösung beitragen. Dazu treiben wir die strategische Neuaufstellung der Fraktion mit viel

Engagement voran. Wir haben einen internen Strategieprozess gestartet und setzen auf eine fachliche externe Beratung. Gerade die Frage, wie wir unsere Zielgruppen besser und in der richtigen emotionalen Ansprache erreichen, beschäftigt uns.

Wir haben viel Potenzial und liberales Herzblut in der Fraktion. Als Freie Demokraten haben wir ein grundlegend anderes Menschen- und Gesellschaftsbild als andere Fraktionen – und zwar ein deutlich positiveres. Wir trauen den Bürgerinnen und Bürgern zu, selbst zu entscheiden und damit Verantwortung für sich und die Mitmenschen zu übernehmen. Dieser Idee folgend, wollen wir den Fokus eng auf liberale Kernthemen legen: die weitere digitale Transformation der Gesellschaft gestalten, den Wohlstand steigern und den Wirtschaftsstandort stärken. Wir wollen einen schlanken, bürgerorientierten und bürokratiearmen Staat. Dafür müssen wir die Verwaltung modernisieren. Schulen sollen die schönsten Gebäude in unseren Städten sein und die Kinder die besten Bildungschancen im internationalen Vergleich haben. Dafür braucht es eine liberale und zukunftsorientierte Bildungspolitik. Als FDP-Landtagsfraktion wollen wir mehr als eine konstruktive und kritische Opposition werden: Wir wollen Think Tank und Ideengeber sein, der Antworten auf die großen Zukunftsfragen entwickelt. Wir brauchen eine Vision von NRW, die die Menschen wieder begeistern kann. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // KATASTROPHENSCHUTZ

**WIR BRAUCHEN
LÖSCHFLUGZEUGE
IN NRW**

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für einen leistungsfähigen Katastrophenschutz und für die Solidarität mit anderen europäischen Ländern ein. „Wir brauchen Löschflugzeuge in NRW und müssen bei Waldbränden europaweit schnell handlungsfähig sein. Damit erhöhen wir nicht nur in NRW den Schutz, sondern werden Teil der RescEU-Initiative mit Löschflugzeugen. Das ist bei gegenseitiger europäischer Hilfeleistung ein wichtiges Signal im europäischen Katastrophenschutzkonzept“, erklärt Dr. Werner Pfeil, Sprecher für Katastrophenschutz der FDP-Landtagsfraktion. Wenn die EU schon über 90 Prozent der Kosten für die Anschaffung übernimmt, sollte NRW darauf nicht verzichten. Im Gegenteil: Innenminister Herbert Reul sollte sich schnellstmöglich darum kümmern. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // PRESSE & ÖFFENTLICHKEIT

**HAVERS VERANTWORTET
KOMMUNIKATION DER
FDP-LANDTAGSFRAKTION**

Tobias Havers (43) arbeitet seit dem 15. September als neuer Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Pressesprecher für die FDP-Landtagsfraktion. Mit seinem Team verantwortet

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // WECHSEL

**PINKWART
WECHSELT AN
DIE UNI SIEGEN**

Der frühere Wirtschafts-, Energie- und Digitalminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, kehrt in die Wissenschaft zurück. Pinkwart hat sich entschieden, seine Universitätsprofessur für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Siegen mit dem 1. Januar 2023 wieder aufzunehmen. Sein Landtagsmandat und die damit verbundenen Sprecherfunktionen für Schule und Bildung sowie Europa und Internationales in der FDP-Landtagsfraktion legt er zum Jahreswechsel 2022/23 nieder. „Die FDP-Fraktion verliert mit Andreas Pinkwart einen erfahrenen Landespolitiker; die Uni Siegen gewinnt mit ihm einen erfahrenen Wissenschaftler. Wir sind dankbar für die zahlreichen politischen Impulse und das große Engagement von Andreas Pinkwart und wünschen ihm alles Gute“, sagt Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. Für Pinkwart wird Susanne Schneider aus Schwerte (Kreis Unna) nachrücken. ■

**TOBIAS HAVERS**

Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Pressesprecher für die FDP-Landtagsfraktion
tobias.havers@landtag.nrw.de

und gestaltet er die Pressearbeit, Social-Media-Kommunikation und den Veranstaltungsbereich. Der Kommunikationsmanager kommt von der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf. In der IHK-Organisation war er sieben Jahre in Leitungsfunktionen aktiv. Von 2005 bis 2015 arbeitete Havers als PR- und Strategieberater für Unternehmen aus der Pharmaindustrie und Medizintechnik. ■

ELMAR CONRADS-HASSEL

Vorsitzender der Liberalen Senioren NRW

Wie sind Sie damals zur FDP gekommen?

CONRADS-HASSEL: Nach 17 Jahren bei Industrie- und Handelskammern im In- und Ausland – davon die meiste Zeit als verantwortlicher Geschäftsführer für Aus- und Weiterbildung in den jeweiligen Kammerregionen – habe ich mich 1999 in meiner Heimatstadt Bonn als Anwalt selbstständig gemacht. Gut ein Jahr später habe ich angefangen, mich nebenher kommunalpolitisch zu engagieren. Da ich mich bei den Bonner Liberalen mit meinem beruflichen und privaten Hintergrund am meisten wertgeschätzt fühlte, bin ich in die FDP eingetreten.

Wofür stehen die Liberalen Senioren NRW und wofür setzen sie sich besonders ein?

CONRADS-HASSEL: Die Liberalen Senioren NRW sind keine „pressure group“ für die Alten, sondern ein Zusammenschluss von berufserfahrenen Menschen, die sich auch noch als über 60-Jährige für die Gesellschaft engagieren, d. h. sich dafür einsetzen, dass die Freiheit der Einzelnen und die soziale Marktwirtschaft für alle als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland und Europa bestehen bleiben und gefestigt werden. Das machen wir in unterschiedlichen Veranstaltungen und Treffen an vielen Orten von NRW und ab 2023 auch mit einem landesweiten „Liberalen Seniorentag“ im Landtag in Düsseldorf.

Welches Thema ist Ihnen persönlich im Moment besonders wichtig?

CONRADS-HASSEL: Dass wir den Frieden in Europa und in der Welt wiedererlangen und wir uns dabei wieder bewusst machen, dass die Globalisierung kein „Teufelswerk“ ist, sondern die große Chance für ein Zusammenwachsen aller Menschen. Sie eröffnet den Einzelnen größere Freiheit und beschleunigt gleichzeitig gemeinsames Handeln für die Lösung uns alle betreffender weltweiter Herausforderungen und Krisen.



Was wünschen Sie sich für 2023?

CONRADS-HASSEL: Ein für die Menschen in der Ukraine positiver und von den Ukrainern akzeptierter Friedensvertrag mit Moskau. Für meine Partei, die FDP: die Einsicht, dass eine auf die Zukunft gerichtete Politik immer alle Menschen im Blick haben muss, egal, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen, ob sie alt oder jung sind, sich männlich, weiblich oder divers fühlen. Für mich persönlich: dass ich gesund, dankbar und zufrieden bleibe und mich noch lange und nicht durch irgendwelche altermäßigen Vorgaben und Gesetze begrenzt, ehrenamtlich engagieren kann. ■

LANDESV ERBAND

FRAGEBOGEN



fdp.nrw/liberal.nrw

fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw

ODER FOLGEN SIE UNS AUF SOCIAL-MEDIA-KANÄLEN.



YOUTUBE

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



FACEBOOK

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



TWITTER

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



INSTAGRAM

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)